

Wahlaufruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund zur Stichwahl des Oberbürgermeisters am 27.09.2020

Demokratie braucht den Wechsel!

Dortmund ist eine lebenswerte Großstadt mit vielfältigem Potential. Ihr Zentrum ist eine lebendige Stadtgesellschaft, die sichtbar wird überall dort, wo Menschen in Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften, Organisationen und Parteien Verantwortung übernehmen und bereit sind, für diese Stadt einzutreten, auf Problemstellungen aufmerksam zu machen, die Gemeinschaft und das Miteinander von Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Zuwanderungsgeschichte, ihrer sexuellen Orientierung zu fördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Beteiligung zu ermöglichen.

Dortmund hat sich verändert. Die Antworten der Vergangenheit können nicht mehr die Antworten der Zukunft sein. Wandel und Veränderung gehören zu einer modernen Großstadt. Sie sind gleichzeitig die Voraussetzung und das Ergebnis einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Kommunale Selbstverwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze von Verwaltung und Bürger*innenschaft hat die Aufgabe, diesen Wandel glaubwürdig und auf Augenhöhe mit Rat und Bürger*innenschaft zu gestalten.

Als Partei BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN sind wir zur Kommunalwahl am 13.09.2020 angetreten mit dem Ziel, Veränderung in Dortmund möglich zu machen. Unser Ziel war und ist es, dem Klimaschutz, der Stärkung einer vielfältigen Stadtgesellschaft, der Stärkung von Demokratie und sozialem Zusammenhalt größeres Gewicht und eine stärkere Stimme im Rat der Stadt Dortmund zu geben.

Leider ist es uns knapp nicht gelungen, mit unserer OB-Kandidatin die Stichwahl zu erreichen und damit der Stadt auch ein Angebot dafür zu machen, an der Spitze der Verwaltung dem im Wahlkampf deutlich erkennbaren Wunsch nach Wechsel in der Stadt ein Gesicht zu geben.

Wir verstehen das große Vertrauen vieler Menschen in GRÜNE Politik und in unsere OB-Kandidatin nun als Auftrag, den Wähler*innen von Daniela Schneckenburger im ersten Wahlgang für die Stichwahl eine Empfehlung dafür zu geben, welcher der verbleibenden Kandidaten persönlich glaubwürdig bereit ist, auf GRÜNE Wähler*innen zuzugehen, und gleichzeitig die Gewähr dafür bietet, künftig verlässlich, vertrauensvoll, wertschätzend und auf Augenhöhe mit der Fraktion der GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund zusammenzuarbeiten und unter Würdigung der ihn im zweiten Wahlgang nun unterstützenden Bürger*innen auch GRÜNE Inhalte umzusetzen.

Darum haben wir Gespräche mit beiden Kandidaten zur Stichwahl geführt und uns nach einem sorgfältigen Abwägungsprozess entschieden,

uns für

Dr. Andreas Hollstein

als künftigen Oberbürgermeister der Stadt Dortmund auszusprechen und unseren Wähler*innen zu empfehlen, in der Stichwahl ihm ihr Vertrauen zu schenken.

Dies geschieht vor dem Hintergrund folgender vereinbarter Projekte für eine Zusammenarbeit im Rat der Stadt Dortmund, für die Dr. Hollstein als gewählter Oberbürgermeister eintreten wird:

1. Global denken – lokal handeln – Klimakrise bekämpfen:

Die Klimakrise ist in ihren Auswirkungen bereits spürbar. Sie zu bekämpfen erfordert ein mutiges Umsteuern in Verwaltung, Verkehrssektor, Konsum und Wirtschaft. Gleichzeitig ist es notwendig, schon jetzt dafür zu sorgen, dass die Stadt sich im Interesse der Menschen an die Folgen der Klimaveränderung anpasst.

- Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund erklärt mit seiner Verwaltung, dass er darauf hinarbeiten wird, die Klimaneutralität der Stadt Dortmund bis 2035 zu erreichen. Dazu wird er zusammen mit dem Rat der Stadt Dortmund ein Maßnahmenpaket auflegen. Dabei kommt Themen wie Freiflächenschutz, Aufforstung, Dachflächenbegrünung, energetischer Sanierung des Gebäudebestandes, Urban Gardening und energieneutrale Quartiere sowie energieneutrale Gewerbegebiete eine hohe Bedeutung zu.
- Der Oberbürgermeister wird zusammen mit seiner Verwaltung eine Umsetzungsstrategie entwickeln, die bis 2025 den Modal Split in Dortmund signifikant verändert und eine Zielmarke von 20% Radverkehr möglich macht. Dazu ist die zentrale Trassenführung des überörtlichen Radverkehrs auf dem RS 1 im Verwaltungshandeln so beschleunigt zu bearbeiten, dass eine Eröffnung des gesamten RS1 auf Dortmunder Gebiet bis 2025 erfolgt. Dabei sollen bis 2025 auch die notwendigen Brückenbauwerke fertig gestellt sein. Gleichzeitig sind Anpassungen im Taktausbau ÖPNV wie in der Ausgestaltung des ÖPNV in der Umlandverbindung und im innerstädtischen Verkehr so vorzunehmen, dass eine deutlich verbesserte Inanspruchnahme des ÖPNV erreicht wird. Zügig wird ein sicherer und komfortabler Radweg rund um den gesamten Wall in beiden Richtungen auf dem inneren und dem äußeren Ring geschaffen. Um den Radwegeausbau wesentlich zu beschleunigen, wird Personal aus Planen und Bauen in einer organisatorischen Einheit („Mobilitätsreferat“) mit dem Aufgabenbereich Radwegbau zusammengeführt. Die personellen und finanziellen Kapazitäten sollen erhöht werden.
- Das in der Stadtgesellschaft strittige Verkehrsprojekt des Ausbaus der L 663n wird der Oberbürgermeister planerisch ruhend stellen. Die dafür vorgesehenen Planer*innenstellen sollen zugunsten des Bereichs Radmobilität umgewidmet werden.
- Für den Dortmunder Flughafen wird der Oberbürgermeister keinen weiteren Ausbau verfolgen. Zur Vorbereitung auf das Szenario nicht erfolgter Subventionsfreiheit bis 2023 wird ein Ideenfindungsprozess gutachterlich in Gang gesetzt, der zum Ziel hat, mögliche Nachfolgeszenarien für die Wertschöpfung auf der Fläche des Dortmunder Flughafens zu identifizieren.

- Der Oberbürgermeister wird eine Kultur der Beteiligung und des Gehörtwerdens schaffen durch die Einrichtung eines Klimarates in Dortmund, in dem wesentliche Akteur*innen der Dortmunder Klimabewegung vertreten sind.

2. Stadt der Menschen, Stadt der Bürger*innen – Zusammenhalt stärken, Beteiligung ermöglichen:

Dortmund ist eine Stadt im Herzen Westfalens, die geprägt ist von der Bereitschaft der Menschen, anzupacken, Konflikte zu lösen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Als Stadt stehen wir solidarisch zusammen, wenn es darum geht, Menschen in Not zu unterstützen und gute Lebensbedingungen für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu ermöglichen. Diese Gemeinschaft lebt davon, dass die Verwaltung die Bürger*innen auf Augenhöhe mitnimmt und ihre Erfahrungen in das Handeln der Stadtverwaltung kontinuierlich einbezieht.

- Der Oberbürgermeister wird zusammen mit seiner Fachverwaltung und dem Rat der Stadt Dortmund ein Beteiligungsverfahren für junge Menschen vorschlagen, das am Modell des „Jugendparlamentes“ orientiert ist und eingebettet ist in einen Aktionsplan zur Stärkung von Jugendbeteiligung.
- Er wird zusammen mit seiner Fachverwaltung einen Vorschlag dazu unterbreiten, wie ein selbstverwaltetes sozial-ökologisches Zentrum für junge Erwachsene in Dortmund ermöglicht werden kann.
- Um Menschen mit unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen Gehör zu verschaffen, wird der Oberbürgermeister bei sich ein Antidiskriminierungsbüro als Stabsstelle einrichten, das eine Ombudsfunktion verbindet mit konzeptionellen Kompetenzen beim Abbau von Diskriminierungstatbeständen in der Stadtgesellschaft. Die Schnittstelle zur Arbeitsstelle Vielfalt und Toleranz ist dabei zu betrachten. Mit der Einrichtung eines kommunalen Flüchtlingsforums wird der Dialog zwischen Ausländerbehörde und hauptberuflicher Flüchtlingshilfe institutionalisiert. Die Verwaltungsstrukturen im Integrationsbereich werden geordnet und aufgabenadäquat neu ausgerichtet.
- Familienfreundlichkeit ist Zukunfts- und Standortfaktor. Der Ausbau von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren mit einem Versorgungsanteil von 50% bis 2025 wird ebenso vorangetrieben wie der Ausbau der Ganztagesplätze mit einem Versorgungsgrad von mindestens 80% bis 2025.
- Mit der Einführung einer youcard soll die unbürokratische Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht werden.
- Zur Umsetzung dieser Ziele sowie zu einer zügigeren Abwicklung notwendiger Ausbau- und Sanierungsbedarfe in pädagogischen Einrichtungen wird die Implementierung einer organisatorischen Einheit zur Planung und Umsetzung von Schulbaumaßnahmen und Kitabaumaßnahmen innerhalb der Verwaltung in Anlehnung an das Düsseldorfer Modell vorangetrieben.
- Dortmund ist eine Stadt der Kinder: Modellhaft soll das Instrument der „Pop-up-Spielstraße“ erprobt und evaluiert werden.

- Der Oberbürgermeister wird mit seiner Verwaltung durch geeignete Maßnahmen ermöglichen, mithilfe von Dogewo21 und DSG den städtischen Wohnungsbau voranzutreiben, um insgesamt die Zielmarke von mindestens 2000 neu zu errichtender Wohnungen pro Jahr zu erfüllen. Neben mindestens 25 % geförderten Wohnungen werden zugleich die Instrumente zur Verlängerung bzw. zum Aufkauf von Belegungsrechten zielgerichtet angewandt. Preiswertes, studentisches Wohnen soll gestärkt werden. Das Konzept des „Housing First“ für die Zielgruppe wohnungsloser Menschen wird in Dortmund umgesetzt.
- Das weiter drängende Problem der Langzeitarbeitslosigkeit wird durch ein Wirksamkeitsmonitoring bisheriger Maßnahmen und die Fortsetzung einer konzentrierten Strategie gegen Langzeitarbeitslosigkeit unter kommunaler Beteiligung bearbeitet.
- Die Drogenhilfe soll weiterentwickelt werden, indem Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums ausgeweitet werden.

3. Nachhaltige Wirtschaft, nachhaltige Finanzen

Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen sind die Standbeine einer nachhaltigen kommunalen Wirtschaftsstruktur. Eine Großstadt, die sich auf die Zukunft ausrichtet, muss gezielte Bestandspflege verbinden mit der Entwicklung von Themenfeldern, die Dortmund auch als Standort für die „green economy“ profilieren. Nur ein gefestigter Wirtschaftsstandort Dortmund kann mit der Ertragskraft der Unternehmen und der Bürger*innen dafür sorgen, dass die kommunale Leistungsfähigkeit erhalten bleibt.

- Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund wird alle Finanzbeteiligungen der Stadt Dortmund hinsichtlich ihrer Ertragskraft und ihrer Risiken einer Überprüfung unterziehen und den Verkaufsprozess der STEAG-Beteiligung aus ordnungspolitischer und finanzwirtschaftlicher Verantwortung für die Stadt und ihre Unternehmen einleiten. Die RWE-Beteiligung wird nicht mehr als strategische, sondern lediglich als Finanzanlage betrachtet.
- Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund wird in Zusammenarbeit mit den Vertreter*innen der Wirtschaft ein Kompetenzzentrum „Nachhaltiges Quartier“ entwickeln, das die Potentiale energetischer Sanierung, den Ausbau erneuerbarer Energie, die Potentiale der nachhaltigen Mobilitätsdienstleistungen systematisch mit den lokalen Akteur*innen ausbaut. Er wird auf Bundes- und Landesebene seinen Einfluss geltend machen, um die Rahmenbedingungen für die dezentrale Energieversorgung zu verbessern.
- Kultur- und Kreativwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie tragen die Lasten der Corona-Pandemie in besonderem Maße. Der Oberbürgermeister wird veranlassen, dass ein zielgerichteter Dialog mit den lokalen Akteur*innen eingeleitet wird, um Maßnahmen zur Entlastung zu identifizieren. Die Einrichtung eines Nachtbürgermeisters oder einer Nachtbürgermeisterin wird ermöglicht, die Aufhebung der Sperrstunde in einem moderierten Dialog mit Bürger*innen zunächst modellhaft erprobt.